



+ + Pressemitteilung + + Pressemitteilung + + Pressemitteilung + +

## **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen: „Die Diskriminierung junger Politiker muss ein Ende haben“**

Stuttgart, 09.01.2012

Anlässlich der Medienberichterstattung über das Scheitern von Jungpolitikern (u.a. DIE ZEIT vom 29.12.2011) kritisiert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen die wiederkehrenden Angriffe auf jüngere Politiker.

„Immer wieder sind junge Politiker als unfähig abgestempelt, nur weil sie jung sind“, so Wolfgang Gründinger, der Sprecher der Stiftung. „Kompetenz ist aber keine Frage von Lebensjahren. Kritik sollte sich an den Inhalten der Politik festmachen und nicht am Alter. Den Rücktritt eines 70jährigen Politikers würde doch auch niemand kommentieren mit der hämischen Bemerkung, nun sei endlich der erste der Rentnengang weg“.

Ein 60jähriger könne nicht automatisch bessere Politik machen als ein 30jähriger. Vielmehr bringen die unterschiedlichen Generationen eigene Kompetenzen und Lebenserfahrungen mit, so der Stiftungssprecher: „Vorwürfe an das junge Alter sind haltlos und irreführend. Bei allem politischem Streit sollte die Kritik um die Sache gehen und nicht jungen Menschen nur aufgrund ihres Alters die Kompetenz absprechen.“

Hintergrund: In der Berichterstattung wurden junge Spitzenpolitiker wiederholt als zu jung für ihre Ämter kritisiert. Jürgen Trittin erklärte zum Rücktritt des FDP-Generalsekretärs Christian Lindner (32), nun gehe „der erste der Boygroup“, Bereits im Juni 2011 hatten verschiedene Medien, u.a. der stern und die ZEIT, mehrfach junge Politiker wegen ihres Alters angegriffen. Der stern hatte in der Titelstory „Merkels Kinder-Kabinett: Zu jung, um gut zu sein?“ die Minister Philipp Roesler, Daniel Bahr und Kristina Schröder kritisiert. Sie seien nicht „erfahren genug für die Macht“ (stern Nr. 25, 16.6.2011). Mit gleichem Unterton überschrieb Elisabeth Niejahr ihren Artikel „Brutal jung“ in der ZEIT (Nr. 25/2011, S. 2): Bei einem Minister, der erst Mitte 30 sei, müsse man fragen: „Kann das gut gehen?“.

SRzG

STIFTUNG  
FÜR DIE RECHTE  
ZUKÜNFTIGER  
GENERATIONEN

Hausanschrift:  
Julius-Hölder-Str. 48  
70597 Stuttgart

für Briefpost:  
Postfach 700332  
70573 Stuttgart

Tel. 0711 / 28052777  
Fax 03212 / 2805277  
kontakt@srzg.de  
www.srzg.de

### ***Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen***

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein gemeinnütziger Think-Tank mit den Satzungszielen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die SRzG wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören u. a. Rente, Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen, Arbeitsmarktpolitik, Staatsverschuldung, Ökologie und Bildung.

Die SRzG organisierte zahlreiche Kongresse und Tagungen. Durch einen Generationengerechtigkeits-Preis in Höhe von 10.000 Euro regt die SRzG junge Wissenschaftler an, sich mit Zukunftsthemen zu beschäftigen. Für Ihre Arbeit wurde die SRzG im 2000 mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet. 2011 erhielt sie einen Preis der EU Kommission für eines ihrer Freiwilligenprojekte.

Medienkontakt: SRzG, z.Hd. Wolfgang Gründinger, kontakt@srzg.de; Handy: 0151-40517632